A8 7. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft gestalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)
Tagesordnungspunkt:	3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Junge Menschen sehnen sich nach sozialer Absicherung und einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale Sicherheit heißt, niemanden im Stich zu lassen. Deshalb fordern wir wirkungsvollere und flächendeckende **Hilfsangebote für Menschen in Armut**, eine verbesserte **Gesundheitsversorgung für Wohnungslose** und den Ausbau von **Sprachmittlung im Gesundheitswesen**. Tafeln, Schuldner*innenberatungen und soziale **Hilfsprojekte müssen finanziell gestärkt** werden, um Menschen in Not effektiv zu helfen.

Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt müssen **Integrations- und Sprachkurse** flächendeckend und kostenlos verfügbar sein, **Ausländerbehörden personell besser ausgestattet** und traumatisierte **Menschen mit Fluchtgeschichte umfassend psychologisch unterstützt** werden. Hierfür muss das Land gemeinsam mit dem Bund die Kommunen umfassend finanziell ausstatten.

Die Landespolitik muss sich außerdem für die **Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung** als Fluchtgrund auf Bundesebene einsetzen. Solange dies noch nicht umgesetzt wurde, soll das Land soweit möglich ein **Sonderaufnahmeprogramm Jesid*innen II** sowie ein **Sonderaufnahmeprogramm für Menschen, die von geschlechtsspezifischer Verfolgung** betroffen sind, auf den Weg bringen. Aufbauend auf dem Ermessensspielraum von Behörden müssen Abschiebungen von **Menschen in Arbeitsverhältnissen** ausgesetzt und **Duldungen für 6 anstatt 3 Monate** ausgegeben werden. **Unabhängige Beratungen zu Möglichkeiten des Aufenthalts** sollen staatlich besser finanziert und weiter ausgebaut werden. Für **Menschen in der Abschiebehaft** muss ebenfalls ein **Recht auf unabhängige Rechtsberatung** gelten und **NGOs muss Zugang** gewährt werden. Die Landesregierung muss sich zudem mit allen ihren Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **zivile Seenotrettung** ihre Arbeit auf dem Mittelmeer fortsetzen kann.

Baden-Württemberg braucht ein entschlossenes und dauerhaft finanziertes Landesprogramm zur **Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus**. Projekte gegen Rassismus, Ableismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von wohnungslosen Menschen müssen aktiv

gefördert werden. Zudem ist eine **verlässliche Finanzierung von Initiativen** erforderlich, die sich direkt mit der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen befassen – darunter **Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt** sowie **Programme für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene**. Das Land muss klare Kante gegen menschenfeindliche Ideologien zeigen und den betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristige finanzielle Sicherheit bieten.

Gleichzeitig muss eine Stelle für eine*n **Antirassismus/Integrations-Beauftragte*n des Landes geschaffen und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet** werden, um strukturelle Diskriminierung effektiv zu bekämpfen und Betroffene besser zu unterstützen. Nur eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, ist eine gerechte Gesellschaft.

Es braucht zudem endlich eine echte **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**. Das Land muss **Barrierefreiheit zur verbindlichen Vorgabe in allen öffentlichen Neubauten und Digitalangeboten** machen, inklusive Schul- und Ausbildungswege konsequent fördern und ausreichend Mittel für **multiprofessionelle Teams in Schulen** bereitstellen. Auch in der Arbeitswelt muss das Land **Anreize für Betriebe** schaffen, um Menschen mit Behinderung einzustellen, und **inklusive Ausbildungsmodelle** sowie **Werkstätten für Menschen mit Behinderung stärker mit dem ersten Arbeitsmarkt verknüpfen.** Nur so wird Teilhabe wirklich möglich. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft braucht mutige soziale Politik!

Unterstützer*innen

Julia Ehrhardt